



*Kriegszerstörtes Ost-Aleppo*

Stellvertreterkriege sind nicht allzu teuer, und es sind meist nicht die eigenen Leute, die sterben



# DAS GESETZ DES KRIEGES

Friedensforscher erklären, wie sich aus einem lokalen Konflikt in Syrien eine Weltkrise entwickelte – und warum sich dort Geschichte wiederholt.

TEXT SUSANNE KOELBL

Im **einzigsten Interview**, das Jamil Hassan jemals gegeben hat, begehrt der Chef des berüchtigten Geheimdienstes der syrischen Luftwaffe gleich zwei Tabubrüche: Er verletzt den Verschwiegenheitskodex des Regimes und alle Regeln der Menschlichkeit.

Wenn Präsident Baschar al-Assad zu Beginn des Aufstands Anfang 2011 nur nicht gewankt hätte, sondern gleich zu aller Härte bereit gewesen wäre – wie einst sein Vater, der nicht zurückgeschreckt war vor Erschießungen, Verhaftungen, Sippenhaft –, das Regime hätte die Revolte schnell erfolgreich niedergeschlagen, glaubt der syrische General. „Wir haben es diesmal zu Beginn nicht richtig gemacht“, sagte Hassan dem russischen Nachrichtenportal Sputnik, „deshalb sind wir da gelandet, wo wir jetzt sind.“

Diktatoren haben, wenn sich ihre Untertanen einmal erhoben haben, nicht viele Wahlmöglichkeiten. Für Reformen sei es dann zu spät, versöhnliche Angebote würden „als Schwäche ausgelegt“, sagt Tobias von Gienanth vom Berliner Zentrum für Internationale Friedenseinsätze. Aufständische kämpften nicht für eine Diktatur light, sondern wollten gar keine mehr.

Friedensforscher und Politikwissenschaftler analysieren seit Langem, nach welchen Mechanismen Bürgerkriege funktionieren. Auch auf die verheerende Lage in Syrien schauen sie mit einem distanzierten Blick, und ihre Erkenntnisse können helfen, das eigentlich Unbegreifliche zu verstehen. Die Aussage des Geheimdienstchefs Hassan über den Beginn des Aufstands ist unerträglich, und doch deckt sie sich mit dem, was Forscher über Bürgerkriege wissen: Herrscher, die bereit sind, ihre Macht mit Gewalt zu verteidigen, müssen, historisch gesehen, „frühzeitig und massiv handeln“, so von Gienanth. Moral ist im Kampf um den Machterhalt einfach keine bedeutsame Kategorie.

Das syrische Paradox ist, dass Präsident Baschar al-Assad unter den nächstlichen Potentaten wohl der beliebteste war. Als der damals erst 34-Jährige das Amt antrat, im Jahr 2000, galt er manchen als Modernisierer, ein Hoffnungsträger. Demonstrativ chauffierte der Augenarzt seine Familie durch die Altstadt von Damaskus, ohne Sicherheitsbeamte. Er bedeutete dem Volk: Seht her, alles ganz normal hier, ich bin einer von euch. Das war nur leider Fassade.

Assads geerbte Diktatur war immer brutal. Das Regime konnte zu keiner Zeit grundsätzlich reformiert werden, ohne gleichzeitig den Verlust der Macht zu riskieren.

Das Land – oder das, was heute noch davon übrig ist – wird zusammengehalten von einem hocheffizienten Sicherheitsapparat. Die Spitzenpositionen von Assads Geheimdiensten und Militäreinheiten sind, mit wenigen Ausnahmen, von alawitischen Loyalisten besetzt, Angehörigen jener Minderheit, der auch der Präsident angehört. Nur so lässt sich verstehen, warum Verlieren keine Option ist

für die syrischen Alawiten. Die Rache der Mehrheit, die sie mehr als vier Jahrzehnte lang gegängelt haben und nicht erst seit 2011 mit tödlichem Ausgang verfolgen, ist ihnen sicher. So gesehen hatte Assad keine Wahl, als zu kämpfen bis zur letzten Patrone.

Es gibt Faktoren, die einen Krieg verlängern, die ihn schmerzhafter machen und schwieriger zu beenden. Die Tatsache, dass Assad nicht aufgeben oder einen Kompromiss schließen kann, ist im Fall Syriens vielleicht der wichtigste. Bürgerkriege enden meist, weil eine Seite militärisch besiegt wird, ihr Waffenarsenal erschöpft ist oder sie die Unterstützung der Zivilbevölkerung verliert. Hätte Assad, wie sein Geheimdienstchef Hassan es favorisierte, den Aufstand sofort mit allergrößter Gewalt niedergeschlagen, bevor sich ein weiteres Land einmischte, wären wohl einige Tausend Aufständische getötet und Zehntausende verhaftet worden, Syrien wäre auf Jahrzehnte international geächtet gewesen, ein Paria-Staat. Wie schon einmal. Damals, 1982, ließ der Vater des heutigen Regenten, Hafis al-Assad, in der Stadt Hama Panzer gegen einen islamistischen Aufstand der Muslimbrüder aufrollen und machte ganze Stadtviertel platt. Doch er behielt die Kontrolle über das Land.

Diesmal ist es anders. Die Welt ist eine andere, und sie befindet sich an einem anderen Punkt in der Geschichte.

Sehr kurz nach Ausbruch der Kämpfe erhielten die Konfliktparteien Unterstützung von ausländischen Kräften. Den Aufständischen kamen die Türkei, das Emirat Katar

und das Königreich Saudi-Arabien zuhilfe; aber auch die Supermacht USA schickte Berater, sogar Europa, sie kamen aus Großbritannien und vor allem aus Frankreich.

Das syrische Regime wiederum wurde gestützt von regionalen Verbündeten, von Iran und der schiitischen Hisbollah-Miliz aus dem Libanon und, als es ganz schlecht lief für Assad, zunehmend auch von Russland.

Damit sind auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene alle involviert, die den Konflikt womöglich hätten entschärfen können. Ein Lösungsweg, etwa durch die Vereinten Nationen oder den Sondergesandten einer Weltmacht wie den USA, ist verbaut. Hat die militärische Unterstützung einmal angefangen, können die Verbündeten sie nicht mehr beenden. Die möglichen Verluste, wirtschaftlich und politisch, sind zu hoch. Andererseits: Stellvertreterkriege sind nicht allzu teuer, und es sind meist auch nicht die eigenen Leute, die sterben.

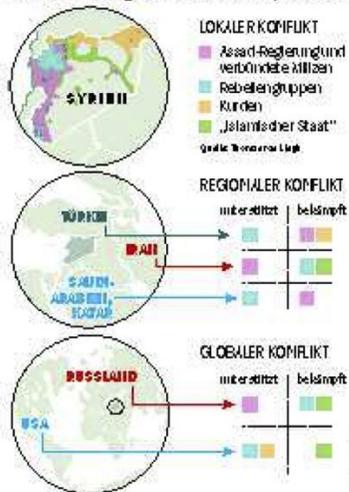
Wenn Alliierte in einen Krieg investieren und ihr Favorit zu verlieren beginnt, wird frisches Geld nachgeschossen, mehr Munition geliefert, mehr Berater, mehr Waffen. Solange Geld fließt, finden sich auch neue Kämpfer. Gerät dann der Gegner in Bedrängnis, ziehen dessen Unterstützer auf der anderen Seite nach. In dieser Phase reicht es notfalls, nicht zu verlieren, es gilt in erster Linie zu verhindern, dass die andere Seite gewinnt.

Der Krieg gerät in ein Patt, das lange dauern kann. Die Gewalt wird immer wieder angefacht. Jede Seite weiß, dass sie nicht siegen kann, eine Niederlage aber unerträglich wäre. Ein „natürlicher“ Ausgang, die Erschöpfung beider Seiten oder die Niederlage einer Konfliktpartei, wird verhindert – und damit auch ein Frieden.

Den internationalen Unterstützern geht es nicht um Bürgerrechte oder um die zahllosen Menschen, die verletzt oder getötet werden und verrohen, auch wenn die Medien beider Seiten dies immer wieder schreiben. Alle Beteiligten verfolgen eigene strategische Ziele. Manche verteidigen alte Pfründen, wie Russland, dessen einziger Mittelmeerhafen im Nahen Osten an der syrischen Küste liegt. Den will es nicht verlieren. Iran wiederum befindet sich im Kalten Krieg mit Israel, und die libanesische Hisbollah-Miliz ist in diesem Dauerkonflikt sein wichtigster Verbündeter. Die Nachschubwege zwischen Teheran und Beirut verlaufen auch über syrischen Boden, und das ist nur einer von vielen Gründen, warum Teheran Assad sehr ungern fallen lassen würde.

Dem Königreich Saudi-Arabien wiederum bot der Aufstand gegen Assad eine willkommene Gelegenheit, seinen Einfluss in der Region zu stärken. Dem mit den USA verbündeten Königshaus in Riad geht es in erster Linie darum, Iran zu schaden – den Schiiten-Staat betrachtet es, zu Recht oder zu Unrecht, als existenzielle Bedrohung. Syrien

**Mehrschichtig** Dimensionen des Syrienkonflikts



Spielende Kinder, zurückgekehrte Bewohner im zerstörten Ost-Aleppo  
Solange Geld fließt, finden sich auch neue Kämpfer

**Der Krieg gerät in ein Patt, das lange dauern kann.**



ist neben dem Irak der wichtigste regionale Alliierte Irans, deshalb muss Assad aus Sicht des sunnitischen Königshauses weg. In Syrien tragen also Saudi-Arabien und Iran auch ihren Kampf um die Vorherrschaft in der Region aus. Eine Niederlage würde das eigene Regime gefährden, und obgleich der Krieg genau diese Stabilität langfristig bedroht, wird seine Fortführung aus kurzfristigen Überlegungen und akuten Ängsten bevorzugt.

Ein Konflikt wie der in Syrien hat das Potenzial zur Weltkrise zwischen Supermächten, auch wenn die Auseinandersetzungen teilweise verdeckt geschehen. Beide Seiten, die Alliierten des Westens sowie Assad und seine Unterstützer, handeln „extrem destruktiv“, sagt der amerikanische Politikwissenschaftler Marc Lynch. Die USA und ihre Verbündeten berichteten nie offen darüber, in welchem Ausmaß sie die Opposition unterstützen, schon gar nicht, wen sie genau aufrüsten. Von „moderaten Kräften“ ist stets die Rede, die gibt es sicher, bis heute, vereinzelt, doch ihr Einfluss auf das Kriegsgeschehen ist spätestens seit Anfang 2013 marginal. Die Führung auf dem Schlachtfeld haben extremistische Gruppen.

Für das Erstarken der Radikalen macht Nahostwissenschaftler Lynch die Golfstaaten und vor allem den saudi-arabischen Geheimdienstchef, Prinz Bandar bin Sultan, verantwortlich. Saudi-Arabien und Katar lieferten „heim-

lich finanzielle und logistische Hilfe an ISIL („Islamischer Staat“ –Red.) und andere radikale sunnitische Gruppen“, schrieb die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton 2014 in einer durch WikiLeaks bekannt gewordenen E-Mail an den Präsidentenberater John Podesta.

**Prinz Bandar wusste jedenfalls, was er tat.** Er hatte schon in den Achtzigerjahren die Mudschahidin und Osama Bin Laden gegen die Sowjets bewaffnet. Doch, anders als heute, gewann er seinerzeit den Kampf, die Sowjets zogen ab. Dieses Mal produzierte er mit seiner Strategie nur ein Heer von Radikalen, die jetzt Beschäftigung suchen und ihre Heimatländer bedrohen.

Das größte Problem der USA im Syrienkonflikt, erklärte der frühere Vizepräsident Joe Biden kurz vor Ende seiner Amtszeit an der Harvard University, waren „unsere Alliierten in der Region“ – gemeint sind die Türkei, Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate, die einen „sunnitisch-schiitischen Stellvertreterkrieg“ begonnen hätten, in dem sie „Hunderte Millionen Dollar und Zehntausende Tonnen Waffen an jedermann ausgaben, der bereit war, gegen Assad zu kämpfen“.

Saudi-Arabien und das kleine, ambitionierte Katar konkurrierten noch um die radikalsten Kämpfer, weil diese meist die effektivsten sind, sagt Lynch.

Zivilisten wurden von allen Seiten umgebracht, nicht weil Tötungen unvermeidbar waren, sondern aus weit niedrigeren Beweggründen: Sie geschahen absichtlich, weil sie nützlich waren und Vorteile brachten, behauptet eine Studie dreier amerikanischer Politikwissenschaftler.

Bilder von getöteten Müttern und Kindern waren demnach keine Kollateralschäden, sondern die Waffe selbst. Anders als in Bürgerkriegen, in denen nur zwei Konfliktparteien um die Sympathie der Zivilbevölkerung konkurrieren, sei es in diesem multiparteiischen Krieg gerade das Ziel der von ausländischen Unterstützern abhängigen Kampfgruppen, Gräueltaten zu verüben. Damit könne demonstriert werden, wie wenig Macht der Gegner habe, weil er die Bevölkerung nicht schützen kann. Das wiederum, so die Forscher, entziehe dem Feind Sympathie und Unterstützung.

Assad-treue Kräfte verübten bei Weitem die meisten Anschläge auf Zivilisten, aber auch die Opposition hat solche Angriffe geführt. Gruppen, die davor zurückscheuten, wurden ersetzt durch jene, die solche Skrupel nicht hatten.

Seit Russland mit Luftangriffen massiv in den Krieg eingegriffen hat – und vor allem seit der Rückeroberung von Ost-Aleppo durch Assads Truppen –, gibt es eine neue Lage. Die Ende 2016 vereinbarte Waffenruhe wird zwar immer wieder gebrochen, der große Krieg aber ist erst einmal angehalten. Es gibt keinen Gewinner. Doch es weiß auch niemand, wie ein Frieden aussehen könnte. Die Kon-

fliktparteien sind nach sechs Jahren erschöpft und schwach. Viele Kämpfer fürchten den Frieden jedoch mehr als den Krieg. Jeder stellt sich eine schlechtere Lage vor als die, in der er sich befindet. Das führt dazu, dass viele den aktuellen Status quo behalten wollen, statt nach einer besseren, vielleicht riskanteren Lösung zu suchen.

Eine Möglichkeit, den Krieg zu beenden, besteht darin, dass sich eine Macht zurückzieht, wie die USA unter Barack Obama. Auch die arabischen Golfstaaten haben seit der Waffenruhe den Fluss an Geld und Waffen gedrosselt. Mit Wladimir Putin und seinem türkischen Kollegen Recep Tayyip Erdoğan haben sich jetzt zwei Autokraten zusammengetan, die immer Gegner waren. Das ist gut, denn sie repräsentieren gegnerische Kriegsparteien und können deshalb mit jeweils anderen Beteiligten sprechen: Putin mit Assad, Erdoğan mit sunnitischen Oppositionsgruppen.

**Eines der vielen ungeschriebenen Gesetze** des Krieges ist, dass es nur Frieden geben kann, wenn alle Beteiligten mit am Tisch sitzen, auch die verabscheuungswürdigsten. In diesem Fall wären das al-Qaida und der „Islamische Staat“, wenn sie – was wahrscheinlich ist – nicht völlig besiegt werden können. Welches Ergebnis die Verhandlungsführer bei Friedensgesprächen auch anstreben, dem Westen wird es nicht gefallen. Die USA und Europa hatten die Lage ohnehin von Anfang an wenig realistisch eingeschätzt. Die Nahostwissenschaftlerin Muriel Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin macht „Wunschdenken und falsche Analogieschlüsse“ dafür verantwortlich, dass westliche Geheimdienste und Militärs fast einmütig ankündigten, Assad würde auf jeden Fall in wenigen Monaten weggefegt, der Weg damit frei für eine Demokratisierung in Damaskus.

Verhandlungen scheinen anfangs fast immer aussichtslos, sie dauern lange und sind frustrierend, aber es gibt keine Alternative, auch das ist eine Weisheit der Wissenschaft. Drei Jahre lang saßen die Unterhändler des Westfälischen Friedens zusammen, bis der Dreißigjährige Krieg 1648 in Münster und Osnabrück beendet wurde.

Auch wenn historische Analogien immer unpräzise sind: Der Vergleich mit dem Dreißigjährigen Krieg kommt der Lage in Syrien dennoch nahe. Die europäische Bevölkerung damals wuchs rapide, sie litt an Arbeitslosigkeit, die Nahrungsmittelpreise stiegen, die Kluft zwischen Arm und Reich wuchs. Auslöser des Konflikts waren, wie heute im Nahen Osten, marginalisierte Gruppen, die von Aktivisten sozial, politisch und religiös agitiert wurden.

Manches spricht dafür, dass die Aussichten für einen Friedensprozess in Syrien heute besser sind als die nach dem Krieg im 17. Jahrhundert. Es gibt internationale Rahmenwerke und Mechanismen, die Friedensvereinbarungen umzusetzen. Nötig ist aber eine Kraft, die Sicherheit und



Altstadt von Aleppo, vor und nach ihrer Bombardierung 2016

Ordnung schafft. Das sind oft Friedenssoldaten der Vereinten Nationen. Sie kontrollieren alle Seiten, damit keine von ihnen wieder aufrüstet. Doch welcher Staat würde seine Bürger nach Syrien als sogenannte Peacekeeper schicken? Es ist sehr realistisch, dass Kräfte der Vereinten Nationen vor Ort zum Ziel von Extremisten würden, nachdem sich dort inzwischen 200 radikale Gruppen mit bis zu 40 000 ausländischen Kämpfern gebildet haben.

Zudem gibt es auch die Gefahr, dass viele dieser radikalen Krieger in der Nachbarschaft untertauchen – in Jordanien, im Libanon, in der Türkei und im Irak – und dort ihren Kampf weiterführen.

Das kostbarste Gut in diesen Zeiten, und wahrscheinlich auch das rarste, ist Vertrauen. Das verwundert nicht in einem Kriegsgebiet, in dem Hunderttausende starben und in dem alle fürchten, umgebracht zu werden, wenn die andere Seite gewinnt. Dennoch gibt es Menschen, die beharrlich daran arbeiten, dass Gespräche zustande kommen, die eigentlich undenkbar sind. Man trifft sie in Paris und in Beirut, manchmal auch in Deutschland, das sich aus diesem Krieg weithin herausgehalten hat und deshalb durch die Rolle eines Vermittlers übernehmen könnte.

Alles in allem wären drei Jahre Verhandlungszeit, wie einst im Dreißigjährigen Krieg, für einen Friedensschluss in Syrien ein sehr achtbares Ergebnis.

SUSANNE.KOELBL@SPIEGEL.DE



Mittelalterliche Burg in Aleppo, vor und nach ihrer Beschädigung im Dezember 2016